

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 2

SPD

April 2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

was uns diesen Monat besonders beschäftigt hat: Gestern hat mich das Abstimmungsverhalten der Grünen in Sachen NPD-Verbot verwundert, die sich bei diesem Antrag enthalten haben. Sicher kann man mit guten Gründen auch vertreten, dass ein NPD-Verbotsantrag Risiken trägt und ein Scheitern des Verfahrens die derzeit ziemlich dahin siechende Partei aufwerten könnte. Auch die Gefahr, dass viele sich auf das Verbotungsverfahren verlassen und die politische Auseinandersetzung zu wenig stattfindet, ist ein Argument. Wir in der SPD haben uns trotzdem für den Verbotsantrag entschieden, weil wir überzeugt sind, dass eine Demokratie auch wehrhaft sein muss und nicht alles erduldet werden kann. An der aggressiv-kämpferischen Haltung der NPD gegen unseren demokratischen Rechtsstaat und damit an ihrer Verfassungsfeindlichkeit habe ich keinen Zweifel. Unerträglich ist auch, dass wir aus Steuermitteln bei der Finanzierung mithelfen (müssen). Es gibt gute Argumente für das Verbot, aber man kann sich auch dagegen entscheiden. Was aber gar nicht geht, ist eine Enthaltung bei diesem Thema, weil man sich offenbar nicht einigen kann. Die SPD hat in Fällen, wenn etwas hochstrittig war, diese Abstimmung freigegeben und wir haben unterschiedlich abgestimmt (z.B. erst kürzlich bei der Abstimmung zur Beschneidung). Das hätte in diesem Fall auch den Grünen gut angestanden, denn unterschiedliche Meinungen kann man haben - aber eine Enthaltung beim NPD Verbot - das geht aus meiner Sicht gar nicht.

Herzliche Grüße
Ihre / Eure

Abgeordnetenbestechung muss endlich strafbar sein!

Schwarz-Gelb verhindert seit über einen Jahr die abschließende Beratung unseres Gesetzentwurfes zur Strafbarkeit der Bestechung von Abgeordneten (→ [Drs. 17/8613](#)).

Es schadet uns und unserem Ansehen in der Welt, dass wir das UN-Antikorruptionsübereinkommen bisher nicht umgesetzt haben. Nordkorea, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien und Deutschland – eine ehrenwerte Gesellschaft.

Abgeordnete von SPD, Grünen und Linken sowie ein CDU-MdB haben einen Vorschlag für eine fraktionsübergreifende Initiative erarbeitet. Farbe bekennen, noch in dieser Wahlperiode müssen nun alle Abgeordneten von CDU/CSU und FDP – gut so!



GIRL'S DAY IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION: Mehr Frauen in die Politik!

Mehr Mädchen in die Politik, denn ohne Frauen ist kein Staat zu machen! Laura Görtz und Luisa Korsch aus Stuttgart kamen zum Girls' Day nach Berlin. 70 junge Frauen lernten die Arbeit der SPD-Bundestagfraktion und im Bundestag kennen.

v.l.n.r.: Laura Görtz, Ute Vogt und Luisa Korsch

ZU WENIG LÄRM UM LÄRM:

Lärm ist eine der am stärksten empfundenen Umweltbeeinträchtigungen. Unzählige Studien belegen, dass Lärm krank macht. Vor allem bei Kindern wirkt sich Lärm durch Konzentrationsprobleme mit weitreichenden Konsequenzen aus.

Ein allgemeines Gesetz zum Schutz vor Lärm gibt es bei uns bisher nicht. Der Lärmschutz wird in über 20 verschiedenen Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Technischen Anweisungen und der Straßenverkehrsordnung geregelt - jedes Lärmproblem wird dadurch für sich alleine und kaum in einem Gesamtzusammenhang betrachtet.

Gerade an viel befahrenen Straßen sind Mieten weniger hoch, als z.B. in ruhigen Seitenstraßen. Die Mehrfachbelastungen durch Lärm - oft aus verschiedenen Quellen wie Flug- und Straßenlärm, bleiben in der Gesetzgebung bisher unberücksichtigt.

Ein Lärmschutzgesetz, das die verschiedenen Ressorts miteinander verbindet und den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muss Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

Mehr zum Thema Lärm auf → www.uba.de



PLANSPIEL ZUKUNFTSDIALOG

Jugendliche machen Politik im Bundestag

Katharina Ditte, Jugendratssprecherin aus Stuttgart und Degerloch, nahm am Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion teil. Die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion lernten 140 Jugendliche aus nächster Nähe kennen. In der Rolle von Abgeordneten erarbeiteten sie Anträge, die von der Planspiel-Fraktion beschlossen wurden. Diese werden nun in die Arbeit der SPD-Fraktion einfließen.

Foto: Patryk Witt

LOB FÜR SPD-WAHLPROGRAMM:

Umwelt-, Landwirtschaft- und Tierschutzverbände im Gespräch

Bei einem aktuellen Fachgespräch zwischen SPD-Bundestagsabgeordneten und Verbänden der Bereiche Umwelt und Naturschutz, sowie Ernährung, Landwirtschaft und Tierschutz erhielt die SPD für ihr Wahlprogramm großes Lob.

Vertreterinnen und Vertreter der Verbände waren sich darin einig, dass die SPD mit ihrem Programm die gesellschaftliche Brisanz der Themen mehr als verstanden hat.

Nicht zuletzt durch die wiederkehrenden Skandale um Pferdefleisch oder Antibiotika in Lebensmitteln steigt das Bewusstsein der Menschen für eine gute Umwelt- und Verbraucherpolitik. Es zeigt sich, dass es sich nicht

um Nischenthemen handelt, sondern dass Umweltschutz, eine ökologische Landwirtschaft und die damit verbundene Ernährung besonders Fragen der sozialen Gerechtigkeit sind.

Darüber hinaus geht es dabei nicht nur um unsere eigenen Lebensbedingungen. Gerade westliche Ernährungsgewohnheiten finden auf dem Rücken von Menschen in Anbaugebieten statt, die unter schlechten Arbeitsbedingungen und Bezahlung und unter dem Einsatz von giftigen Spritzmitteln arbeiten. Auch für unsere eigene Daseinsvorsorge ist eine globale Gerechtigkeit unabdingbar.

→ [Wahlprogramm der SPD](#) (Seiten 85 bis 93)



Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schruppf

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

